

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

7. Juli 1951.

250/A.B.

zu 284/J

A n f r a g e b e a n t w o r u n g .

Auf eine Anfrage der Abg. W i d m a y e r und Genossen, betreffend den Wiederaufbau des ehemaligen Kriegsministeriums am Stubenring, teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. K o l b mit:

" Der Wiederaufbau des schwer/^{kriegs}beschädigten Regierungsgebäudes (früher Kriegsministerium) am Stubenring wurde im Herbst 1945 begonnen und soll Ende 1951 im wesentlichen abgeschlossen werden. Während dieser Zeit von 6 Jahren sind sowohl die Löhne und Gehälter als auch die Baustoffkosten - im Durchschnitt also der Bauindex - bekanntlich auf rund das Achtfache gestiegen. Eine Erhöhung der ersten Kostenermittlungen aus dem Jahre 1945 auf bloss das Dreifache würde schon als Anerkennung für eine ganz ausserordentlich ökonomische und sparsame Gebarung der Bauleitung mit öffentlichen Mitteln anzusehen sein. Es ist darum völlig unverständlich, wie angesichts dieser eindeutigen Sachlage von ungebührlichen Überschreitungen oder von einer Verschleuderung von Staatsgeldern im Ernst die Rede sein kann.

Im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung der Wirtschaftslage konnten für die gesamte Baudauer von 6 Jahren verbindliche Voranschläge bei Baubeginn überhaupt nicht aufgestellt werden. Es mussten vielmehr für die einzelnen Bauabschnitte die Kostenerfordernisse Jahr für Jahr abgeschätzt und die Bedeckung hiefür in den einzelnen Jahresbudget-s sichergestellt werden - eine Notwendigkeit, der bei Bauvorhaben, deren Durchführung sich über mehrere Jahre erstreckt, im gesamten staatlichen und privaten Bauwesen (Hochbau, Strassen- und Brückenbau, Eisenbahnbau, Wasserbau u.s.f.) im Hinblick auf die andauernde Änderung des Schillingwertes Rechnung zu tragen war. Die solcherart sich ergebende Ziffer von rund 75 Millionen Schilling, welche unbeschadet etwa weiter eintretender Preiserhöhungen der gesamte Wiederaufbau des Grossgebäudes am Stubenring bis zu seiner völligen Fertigstellung erforderlich machen dürfte, bedeutet somit keineswegs eine Summe gleichwertiger Schillinge, sondern eine arithmetische Ziffer völlig ungleicher Einheiten.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz,

7. Juli 1951.

Mit Eindeutigkeit kann dagegen erklärt werden, dass der umfangreiche Wiederaufbau am Stubenring im Zusammenwirken einer fachlich erfahrenen staatlichen Bauleitung mit leistungsfähigen österreichischen Baufirmen an öffentlichen Mitteln genau so viel und nicht mehr erfordert haben wird, als unter Berücksichtigung der Grundsätze solider Ausführung und ökonomischer Gebarung sowie bei Einhaltung der Bestimmungen über die Ausschreibung und Vergebung von öffentlichen Arbeiten aufzuwenden war. (Es ist zum Beispiel schon äusserlich sichtbar, dass die früheren, sehr reich gestalteten Dachaufbauten durch wesentlich einfachere, aber nunmehr völlig ausgenützte und zu 2 neuen Geschossen ausgebaute Dachabschlüsse ersetzt wurden.)

Die in der Anfrage aufgestellte Behauptung, um die Kosten des Wiederaufbaues hätte ein völlig neues und noch zweckmässigeres Gebäude für 5 statt 3 Ministerien erbaut werden können, wird schon durch eine überschlägige Schätzung nach dem umbauten Raum widerlegt. Sie ergibt, dass ein Neubau gleichen Ausmasses einen Kostenaufwand von annähernd 150 Millionen Schilling erfordern müsste.

In Beantwortung der weiteren Anfrage, betreffend die angeblich eingerichteten Prunkräume habe ich mitzuteilen: Im früher bestandenen Kriegsministerium waren 9 Säle als sogenannte Repräsentationsräume vorhanden. Sie sind fast völlig ausgebrannt und sollen in Zukunft als Sitzungssäle der 3 Ministerien, aber auch für Tagungen und Empfänge Verwendung finden. Die grossen mittleren Ratsäle haben eine reiche Ausgestaltung aufgewiesen; sie werden nunmehr in wesentlich einfacherer Form wieder instandgesetzt. Prunkräume für höhere Ministerialbeamte gibt es nicht, zumal sich die zukünftigen Büros dieser Beamten dermalen noch im Rohbauzustand befinden. Es ist in Aussicht genommen, die Büros der leitenden Ministerialbeamten in ihrer Ausstattung an die Büros der leitenden Beamten bei den Landesregierungen, bei den grossen Stadtverwaltungen, bei den Kammern, Krankenkassen und dergleichen anzupassen.

Da ein Auftrag zur Schaffung von Prunkräumen für Beamte niemals ergangen ist, gibt es schon auch keine Stelle, die für einen solchen Auftrag verantwortlich wäre.

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. Juli 1951.

Wenn schliesslich die Frage gestellt wurde, weshalb der Rechnungshof bisher noch keine Überprüfungsergebnisse bekanntgegeben und über verantwortungslose Aufwendung von Steuergeldern Bericht erstattet hat, so glaube ich annehmen zu dürfen, dass dies eben aus Mangel an jeglicher Veranlassung hierzu unterblieben ist.

Es muss jedenfalls bedauert werden, dass in einer parlamentarischen Anfrage Behauptungen aufgestellt werden, die keinerlei sachliche Fundierung besitzen und die lediglich geeignet erscheinen, die gewissenhafte und aufreibende Arbeit von Beamten zu diskriminieren, die seit Jahren ihre besten Kräfte für den Wiederaufbau einsetzen."

-.-.-.-